



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die deutsche Frage in der zweiten sächsischen Kammer.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die deutsche Frage in der zweiten sächsischen Kammer.

Unter dem noch frischen Eindrucke jener trost- und resultatlosen Abstimmung der ersten Kammer, ging die zweite an die Berathung der deutschen Frage. Der Ausschuß dieser Letztern hatte schon vor den Verhandlungen in der ersten Kammer Beschlüsse über die Anträge gefaßt, welche er seiner Kammer empfehlen wollte; er ließ sich durch den unglücklichen Ausgang jener Verhandlungen in dem einmal Beschlossenen nicht beirren. Dieser Ausschuß bestand aus sieben Mitgliedern, von denen zwei (Dieskau und Ziesler) der Linken, eines (Maschig) dem seit Neujahr entstandenen Centrum, die vier übrigen (Braun, Biedermann, Koch, Schwarze) der Rechten angehörten. Die Majorität davon war überwiegend für den Anschluß an den Bundesstaat. Fünf Mitglieder nahmen die Carlowitzschen Anträge in Betreff der Beschickung des Verwaltungsrathes und des Reichstags wieder auf, fügten aber einige Garantien im Interesse der Freiheit hinzu, namentlich bezüglich der Ausführung des Wahlgesetzes, verwendeten sich endlich für beharrliches Unterhandeln mit Baiern und Württemberg wegen ihrer Antheilnahme am Bundesstaat, so wie mit Oestreich wegen der Union. Die beiden sich Ausschließenden waren Dieskau und Ziesler, von denen der Erstere ein von Frankfurt her bekannter Parteigänger der äußersten republikanischen Linken die Mammenschen Anträge im Wesentlichen wieder aufnahm, Ziesler aber sich seine Entschliesung, wie Joseph, vorbehielt. Außerdem empfahl der Ausschuß der Kammer einen allgemeinen Antrag des Inhalts: „sie möge als ihre feste Ueberzeugung gegen die Regierung aussprechen, daß sie eine schnelle und unverzügerte Erledigung der deutschen Verfassungsfrage im Geiste der, schon von der Nationalversammlung zu Frankfurt angestrebten, Begründung eines Bundesstaats mit parlamentarischer Regierung und einer aus Wahlen des Volkes hervorgehenden Gesamtvertretung als unerläßliche Bedingung nicht allein der Herstellung eines geordneten und dauernden Zustandes der allgemeinen deutschen Verhältnisse, sondern insbesondere auch eine gedeihliche Entwicklung der innern sächsischen Angelegenheiten und einer erspriesslichen Thätigkeit der sächsischen Volksvertretung betrachte.“ Offenbar war dieser Antrag,

dem auch Ziesler beitrug und von dem nur Dieskau sich ausschloß, gegen die neuern Bestrebungen der Regierung gerichtet, denen man die Absicht beizumaß, von dem Bundesstaat ab- und wieder zum alten Staatenbunde hinzulenken. Um diese Tendenz des Antrags noch schärfer zu präcisiren, ward demselben von vier Mitgliedern der Majorität (Braun und Schwarze versagten ihre Zustimmung) der Zusatz beigefügt: „Die Kammer möge erklären, daß sie nur einer in diesem Sinne aufrichtig vorgehenden Regierungspolitik ihre Unterstützung zu gewähren vermöge.“

Der Bericht des Ausschusses, von Biedermann verfaßt, behandelte den Gegenstand mit der Hingebung und Wärme einer entschiedenen, rückhaltlosen Parteinahme für die bundesstaatlichen Bestrebungen. In einem ausführlichen Ueberblick über den Verlauf der deutschen Verfassungsfrage ward auf der einen Seite die geschichtliche Berechtigung und Nothwendigkeit der Idee, einen Bundesstaat mit monarchisch-constitutionellen Einrichtungen wenn auch zur Zeit ohne Oestreich, zu bilden nachgewiesen, auf der andern die inconsequente und gestimmungslose Haltung der sächsischen Politik mit dem Ernste tiefer patriotischer Entrüstung und der Rücksichtslosigkeit eines auf unwiderlegbaren Thatsachen fußenden Tadeln gerügt. Der positive Theil des Berichts stellte die Bedenken gegen und die Gründe für den Anschluß Sachsens an den Bundesstaat zusammen, suchte jene zu widerlegen und diese in ihrer vollen Stärke geltend zu machen.

So kam die Sache allerdings hier ganz anders vorbereitet in die öffentliche Verhandlung als in der jenseitigen Kammer. Auch hatte sich die Bundesstaatspartei in der zweiten Kammer ungleich besser organisiert, als in der ersten. Die Vorgänge dort hatten sie gelehrt, was sie thun und nicht thun müsse; und der peinliche Eindruck erfolgloser Verhandlungen der ersten Kammer, ein Eindruck, der in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes sein starkes und unerfreuliches Echo gefunden hatte, war nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Stimmungen in der zweiten Kammer geblieben. Die Parteilstellung in der deutschen Frage war ohnehin hier eine wesentlich andere. Entschiedene Particularisten, Anhänger des Ministeriums um jeden Preis und daher dermalen Gegner des Bundesstaats mit parlamentarischer Regierung, gab es in der zweiten Kammer nur zwei, den Kammerherren von Friesen und den geh. Finanzrath von Bodrag. Zu ihnen gesellte sich bei der speziellen Frage des Anschlusses an den preußisch-deutschen Bundesstaat noch ein Dritter von der äußersten Rechten, Sommer von Bernstadt, der aber doch für den constitutionellen Bundesstaat im Allgemeinen sich erklärte. Die sämtlichen übrigen Mitglieder der Rechten gehörten mehr oder weniger entschieden der Anschlußpartei an. Zwar gab es Manche darunter, denen es schwer ankam, gegen die Regierung Partei zu nehmen, besonders mehrere Staatsdiener; allein so stark war auch bei diesen die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer veränderten Politik in der deut-

schen Sache, zum Theil wohl auch der Einfluß, den die Stimmung im Lande und die speziellen Wünsche ihrer Wahlkreise auf sie übten, daß sie trotz jener Rücksichten dennoch gegen das Ministerium sich erklärten. Von nicht geringem Einfluß auf diesen Theil der Rechten war das Beispiel der ehemaligen Minister Braun und Feld, desgleichen Har Kort's, eines Mannes von streng conservativem und höchst achtbarem Charakter, der, ein getreuer Anhänger des Ministeriums in allen innern Fragen, dennoch in dieser Frage sich von ihm trennte.

Es hatte sich seit dem Anfange des neuen Jahres unter Klinger's und Funkhänel's Leitung ein Centrum gebildet. Dasselbe zählte zwar nur acht Mitglieder in der zweiten Kammer, von denen drei bis dahin der Linken, fünf der Rechten angehört hatten. Allein diese kleine Zahl war ausschlaggebend durch festes Zusammenhalten und durch die Stellung, die sie zwischen den beiden, numerisch fast ganz gleichen Hauptparteien einnahm. Dieses Centrum nun stand in der deutschen Frage wie ein Mann für alle Anträge der Ausschlußmehrheit, wirkte durch seine entschlossene Haltung auch auf die Linke, der es seinen Persönlichkeiten wie seinen Principien nach näher steht, als der Rechten, bedeutend ein und zog mehrere Mitglieder dieser zur Anschlußpartei herüber. Dinehin war die Linke in der zweiten Kammer bei Weitem nicht so entschieden in ihrem Widerstande gegen den preussisch-deutschen Bundesstaat, wie ihre Parteigenossen in der ersten Kammer. Ja es schien beinahe, als bekämpfe sie ihn nur widerstrebend, um das Princip und ihr Gewissen zu retten, aber ohne selbst ernstlich ihren Sieg oder die Niederlage der Bundesstaatspartei zu wünschen — *tamquam qui vincere nollent*. Nur die äußerste Linke machte davon eine Ausnahme. Es zeigte sich daher auch auf Seiten der Linken eine gewisse Courtoisie im Gebrauche der Waffen gegen die Bundesstaatspartei, welche von dieser letztern erwiedert ward und von welcher selbst die äußerste Linke sich nicht ganz entfernte, so daß ein eigentlich feindseliger und erbitterter Kampf nur zwischen der Bundesstaatspartei und dem Ministerium sammt seinen Anhängern, zum Theil auch zwischen diesem und der Linken geführt ward. Dem die Linke in der zweiten Kammer beging nicht den Fehler, den die Linke in der ersten Kammer sich hatte zu Schulden kommen lassen: die Regierung zu schonen, wohl gar zu loben — aus Haß gegen die Bundesstaatspartei.

Schon der Beginn der Verhandlungen zeigte die wesentlich günstigeren Aussichten für die deutsche Sache in dieser Kammer. Von achtzehn im Voraus angemeldeten Sprechern waren dreizehn für und nur fünf gegen die Anträge der Ausschlußmehrheit eingeschrieben. Von den letztern gehörten vier der Linken, einer der äußersten Rechten an. Auf Seiten der Linken eröffnete den Kampf Wigand aus Leipzig, der bekannte Herausgeber der weiland Halle'schen Jahrbücher, ein feuriger Redner, aber häufig ohne Klarheit und sichern Zusammenhang in seinen Reden wie in den Anträgen, durch welche er oft seine eigene Partei überrascht. Auch seine heutige Rede bewegte sich mit kühnem Schwunge, aber in cometen-

artigen Bahnen zwischen Wien und Frankfurt, zwischen dem großdeutschen und dem demokratischen Pole hin und her, jetzt das unbedingte Festhalten an der Frankfurter Reichsverfassung gebieterisch fordernd, und jetzt wieder die Kammer beschwörend, doch ja nicht das Einigungswerk ohne die österreichischen Brüder abzuschließen, — als ob dies möglich wäre bei jener Verfassung! — jetzt das Werk der Nationalversammlung als das einzig heilbringende preisend, und gleich darauf, im Unmuth über die preussische Politik, dieser Versammlung vorwerfend, sie habe dem König von Preußen die Krone angetragen, „nicht wissend, was sie that.“ Er schloß mit dem Antrage: Die Kammer möge erklären, daß sie an der von der Nationalversammlung verkündeten Verfassung unverbrüchlich festhalte und nur diese als rechtsgiltig anerkenne.

Nach Wigand sprach ein Redner des Centrums, Kallb.

Es ist das derselbe Pfarrer von Wechselburg, der in seiner offenen und derben, den süddeutschen Ursprung des Mannes verrathenden Weise an den sogenannten Unverstandslandtag im vorigen Jahre, als dieser particularistische Opposition gegen Frankfurt machte, jene vielbesprochene Adresse richtete, die so anfing: „In Erwägung, daß es Unrecht und Unstimm wäre, dem sächsischen Volke zuzumuthen, aus seiner rechten Tasche Nationalvertreter in Frankfurt zu bezahlen, um eine Verfassung für Deutschland zu Stande zu bringen, und aus seiner linken Tasche Volksvertreter in Dresden, um diese Verfassung wieder zu Schanden zu machen u. s. w.“ In großen Zügen zeichnete er jetzt Deutschlands Vergangenheit und die Ursachen seines Verfalles und schloß diese Skizze mit den Worten: „Was beweist dies Alles für unsere Frage? daß alle deutschen Staaten gegen Deutschland eine alte Schuld abzutragen haben und mehr nach ihrer Pflicht gegen dasselbe als nach ihrem Recht in demselben fragen sollen, damit allen gründlich geholfen werde.“ Dann auf die Frage unserer Stellung zu Oestreich eingehend, sprach er die treffende Wahrheit aus: „daß dem deutschen Elemente in Oestreich die beste Unterstützung dann zu Theil werde, wenn man hier ein kräftiges Nationalbewußtsein erzeuge und pflege.“ „Wenn uns aber Pfordten'sche unpraktische Schulweisheit räth, dem deutschen kosmopolitischen Zug zu folgen und unsere deutsche Kultur nach dem Osten zu tragen, so muß ich warnen vor solcher schöngeistigen und politischen Lockspeise, Deutschland ist lange genug zu schlimm dabei gefahren, nur immer das Kulturdüngungsmittel für's Ausland zu liefern; es hat seine politische Selbstständigkeit dabei eingebüßt und nur Haß dafür geerntet.“ Weiter kam der Redner auf die Hindernisse des Bundesstaates zu sprechen. „Die leidige Stammeseifersucht, der dynastische Stolz und das aristokratische Interesse der vier Königreiche“ — „Ja“ rief er aus, „es ist ein unvergessenes Wort: ich unterordne mich keinem Hohenzollern! Wollen wir warten, bis ein Deutscher als personificirter Gattungsbegriff vom Himmel fällt, der keinem besondern Lande angehört und allen Parteien recht ist, so werden wir warten bis

an's Ende der Tage, folgt unser Ministerium der diplomatischen Maxime: „Zeit gewonnen, Alles gewonnen,“ so möchte diese nur Diplomaten gegenüber ausreichen, aber nicht einer gereiften und gereizten Nation gegenüber, welche ihre magna charta, den ihr vorenthaltenen, mit viel Märtyrerblut bestiegelten und mit den besten Kräften der besten Männer ausgestellten Freiheitsbrief endlich auslösen würde, und sollte es 34 Kronen kosten.“

Auf diesen feurigen Apostel des Bundesstaates folgte mit nüchterner, aber durch ihre schlichte Verständigkeit nicht minder eindringlicher Rede ein zweites Mitglied der Centrumpartei Funkhänel, ein Mann von demokratischen Grundsätzen, aber dem unpraktischen Idealismus der Demokratie in der deutschen Frage abhold und ein warmer Patriot. „Mit schwerem Herzen“ stimmte er für den Anschluß an die Verfassung vom 26. Mai, denn seine Seele hing noch mit allen Fasern heiliger Begeisterung und wehmüthiger Erinnerung an dem von der Nation selbst geschaffenen Werke; aber er stimmte doch dafür, „weil er in dieser Verfassung den einzigen Weg sehe, um der zu Frankfurt gegebenen, ihrem Inhalte nach wenigstens nahe zu kommen.“ Nur verlangte er, zur Beschwichtigung seines demokratischen Gewissens, vorausgehend den Anträgen des Ausschusses, folgende Erklärung: „die Kammer wolle bei Erledigung der deutschen Verfassungsfrage jedenfalls die den Völkern deutscher Einzelstaaten, namentlich auch dem sächsischen Volke, vermöge ihrer Landesverfassungen oder vermöge der Grundrechte des deutschen Volkes gegenwärtig bereits zustehenden Freiheiten gewahrt wissen.“

Jetzt erschien auch die großdeutsche und partikular-sächsische Ansicht auf dem Kampfplatz. Ihr Vertreter, Herr v. Friesen, aus einem alten, durch starren Aristokratismus bekannten Geschlechte, hatte gleich vielen seiner Standes- und Gesinnungsgenossen nach der Märzrevolution 1848 den Liberalen gespielt, und sich mit scheinbar vollkommener Hingebung auf der „breitesten demokratischen Unterlage“ bewegt. Er war eines der entschiedensten Mitglieder des deutschen Vereins, ein feuriger Redner für die Souveränität der Nationalversammlung und die Anerkennung der von ihr geschaffenen Verfassung. Heute aber betrat er mit lächelnder Miene die Tribüne, um den constitutionell-monarchischen Bundesstaat als eine „Erfindung“ zu persifliren, um jene selbe Frankfurter Majorität, für die er im April vorigen Jahres in die Schranken getreten, zu verdächtigen und die abgedroschene Mähr von der „Verpfändung ihres Wortes gegen ihre Ueberzeugung“ wieder aufzutischen. Seine Rede war nicht ohne Geschick, voll blendender Wendungen und mit dem Accente aufrichtigster Ueberzeugung gesprochen; dennoch blieb sie wirkungslos, weil ihr die feste Grundlage einer erprobten Gesinnung fehlte, da man die Schauspielernatur des Redners aus dem rhetorischen Kunststücke herausfühlte. Hätte er nur die speciellen Anträge des Ausschusses angegriffen, so hätte er vielleicht die Linke zu Bundesgenossen gehabt, aber er richtete seine Polemik auch gegen den allgemeinen Antrag, gegen das Festhalten an der Idee

des constitutionellen Bundesstaates überhaupt, und damit stieß er auch die Linke von sich. Sein Antrag, der den allgemeinen Ausschußantrag zu einem großdeutschen Directorialschemen verdünnen und verflüchtigen sollte, — „die Begründung eines einigen deutschen Reichs mit einer aus Wahlen des Volks hervorgehenden Vertretung“ — fand kümmerliche Unterstützung und bei der Abstimmung eine kaum nennenswerthe Minorität.

Den hingeworfenen Handschuh nahm im Namen der Bundesstaatspartei der Referent auf. Dem Gegner Schritt vor Schritt folgend, brach er durch die künstlichen Schlangenwindungen, in welche dieser ihn zu verstricken suchte, festen Fußes hindurch, zog die gleißende Hülle sophistischer Beweisführungen und einschmeichelnder Bilder von dessen Vorschlägen hinweg und zeigte dahinter als deren Endziel, die Verkümmerng deutscher Einheit und Freiheit in der Verstrickung Deutschlands mit der unförmlichen und gährenden Völkermasse Oestreichs.

So endete der erste Schlachttag. Am zweiten ward das Centrum von der Rechten in der Verttheidigung der Ausschußanträge abgelöst. Die Hauptredner der letzten an diesem Tage waren Koch und Schwarze. Jener, als eifriger Parteigänger des Bundesstaates und der erblichen Einherrschaft von Frankfurt her bekannt, hier Vertreter der ersten Handelsstadt Sachsens, schlug die Saite an, welche dort und in dem ganzen großen gewerbetreibenden Theile des Landes immer am Stärksten anklingt — er schilderte die materiellen Nachtheile Sachsens bei einer Trennung desselben von Preußen und den Staaten des Zollvereins. Auch noch einen andern, ziemlich delcatischen Punkt berührte er mit feckem Finger, das Gesandtschaftsrecht.

In der ersten Kammer hat der Minister dieses Recht einen nothwendigen „Nimbus der Krone“ genannt. Darauf anspielend sagte Koch: „Ich hoffe, wenn die Frage des Gesandtschaftsrechts beim Budget verhandelt werden wird, daß wir dann auf eine andere, den Wünschen des Volks entsprechendere, die Krone ehrendere Weise jenen Nimbus um dieselbe zu verbreiten wissen werden. Ich glaube, es ist ein besserer Schmuck der Krone, wenn durch Wegfall des Gesandtschaftsrechts auch nur so viel an dem Ausgabebudget erspart wird, daß das Körnchen Salz des armen Arbeiters, welches man jetzt höher zu besteuern beabsichtigt, vielleicht ganz steuerfrei bleiben könnte.“ (Beifall im Saale.)

Schwarze ist Staatsdiener, Mitglied des höchsten Richtercollegiums. Er war es, der im Mai vorigen Jahres, in jener verhängnißvollen Stunde, welche dem Dresdner Aufstand vorausging, den König fußfällig beschwor, den Bitten seines Volkes nachzugeben und die Reichsverfassung anzuerkennen. Im Ganzen gehört Schwarze zu den Rücksichtsvollen, welche die Grenze zwischen dem was ihre Stellung und dem was der Fortschritt, die Zeit und die Stimme des Volks von ihnen fordert, sehr genau einzuhalten wissen. Auch jetzt bei seiner Erklärung für die Verfassung vom 26. Mai hielt er sich und der Regierung einen Weg

offen. „Hätte die Regierung uns einen andern Vorschlag gemacht,“ sagte er, „oder würde die Regierung uns einen andern Weg geben, auf welchem dasselbe Ziel, welches wir erstreben, erlangt werden könnte, dann würden wir dies gewiß zu erwägen haben, wir würden zu erwägen haben, welcher von den nun vorliegenden Wegen der geeignetste sei, um die Interessen des deutschen Vaterlandes, seiner Einzelstaaten, und insbesondere auch Sachsens, vollständig wahren zu können.“

Zu den bedeutendsten Reden nicht bloß dieses Tages, sondern dieser ganzen Verhandlung gehörte die des Abgeordneten Müller von Niederlöbnitz, des Führers der eigentlichen Linken. Mit großer Zurückhaltung und Schonung, aber mit sicherem Blick und fester Hand legte er die wunden Stellen der Politik des 26. Mai offen. „Es müssen,“ sagte er, „Gründe der Praxis, der Zweckmäßigkeit da sein, welche veranlassen könnten, dem Prinzipie untreu zu werden, um sich auf das Gebiet der vollendeten Thatsachen zu stellen. Mich dünkt, die Erfahrungen, welche die Mitglieder der Frankfurter Mehrheit gemacht, seitdem sie dieses Gebiet betreten, erregen hiergegen schwere Bedenken. Bittere Täuschungen, schmerzliche Erfahrungen, Mißbehagen von oben und Mißtrauen von unten, das sind die Früchte ihres laissez-faire gewesen. Es ist für den Volkspolitiker ein gefährlicher und undankbarer Cultus, der Cultus des fait accompli; undankbar, denn die Reaction will keine Vermittlung, sondern vollständige Rückkehr zum Alten oder noch Schlimmeres; gefährlich, denn das Volk vermag nicht sich die Schwankungen seiner Vertreter zu erklären, welche mit dem Auerkennen der vollendeten Thatsachen eng verbunden sind. Es hält, was Sie für Klugheit ansehen, für das Aufgeben seines guten Rechts. Was aber hätten Sie den vollendeten Thatsachen der Cabinette entgegenzustellen? Das Einzige wäre: die Revolution. Diese können und werden Sie nicht wollen. Gestehen Sie mir zu, meine Herren, daß auf diesem Gebiete die Parthie zwischen Ihren und unsren gemeinsamen Gegnern allzu ungleich steht!“

Diese Anspielungen auf die Vorgänge des 7. Januar enthielten eine bittere, schwer zurückzuweisende Wahrheit. Und leider hat auch die Anwendung, die der Redner davon in Bezug auf das Zustandebringen der Verfassung vom 26. Mai machte, seitdem eine traurige Bewahrheitung erfahren. „Es ist wohl Niemand, meine Herren,“ fuhr er fort, „der, Angesichts des Geistes, in welchem die Verfassungsrevision in Berlin vollendet worden ist, glauben sollte, daß der Reichstag zu Erfurt im Sinne des Fortschritts revidiren werde.“

Auch die schleswig-holsteinische Angelegenheit, diese wundeste Stelle der preussischen Politik, blieb nicht unberührt.

Der Redner faßte am Schlusse seiner und seine Partei Ansichten in der deutschen Frage in folgender Parallele zusammen.

„Sie, meine Herren, erkennen den Drang des deutschen Volkes nach Ein-

heit und Freiheit, aber Sie sind im Begriffe, ihn durch einige constitutionelle Formen für befriedigt zu erklären. Wir glauben, daß es besser sei, das deutsche Reichsverfassungswerk unverfälscht als unantastbaren Hort der Zukunft niederzulegen in der Brust des deutschen Volkes zum ewigen Gedächtniß. Denn, meine Herren, täuschen wir uns darüber nicht! in der Praxis erreichen wir beide gegenwärtig dasselbe, d. h. Nichts.“ — „Möge das deutsche Volk das stammverwandte Inselvolk sich zum Muster nehmen! möge es bedenken, daß noch niemals einer Nation Freiheit, Recht und Stärke beschieden ward ohne Anstrengung, ohne schwere Mühe, ohne eisernen Willen. Das deutsche Volk möge dessen eingedenk sein, und es wird doch frei und einig werden“ (Bravoruf).

Wie die Linke durch Müller, so ward die äußerste Linke durch Gramer vertreten (Dießkau war durch Krankheit ferngehalten) — den Herausgeber der Vaterlandsblätter. Er legte sein Glaubensbekenntniß in den Worten ab: „Wir kommt es nicht darauf an, ob das Band, welches um die deutschen Stämme geschlungen werden soll, etwas fester oder lockerer sei, mir kommt es darauf an, daß die deutschen Stämme beisammen bleiben, daß sie Leid und Freude mit einander tragen, und daß sie eine mit den nöthigen Befugnissen ausgerüstete, aus freien Wahlen hervorgehende Volksvertretung um die oberste Regierung Deutschlands stellen. Auf die eigentliche, erbliche Spitze kommt es mir nicht an, ich bin zufrieden, wenn die oberste Regierung Deutschlands in anderer Weise gebildet wird.“ Daher erklärte er, selbst für den allgemeinen Antrag des Ausschusses nicht stimmen zu können — er sehe darin nur eine Brücke, um darauf nach Erfurt zu gelangen. Lieber stimme er für den Friesenschen Antrag, weil dieser das ganze Deutschland zusammenhalten wolle.

So wiederholte sich hier das eigentliche Schauspiel von Frankfurt — eine Vereinigung der äußersten Demokratie mit der östreichischen Partei auf dem Boden des gemeinsamen Hasses gegen den einheitlichen, monarchischen Bundesstaat. Der gleiche äußere Zweck bei durchaus verschiedenen inneren Absichten. Die Demokratie hoffte durch die Volksvertretung die lockere, in sich gespaltene Spitze bald über den Haufen zu werfen; die Direktorialpartei tröstete sich mit der sichern Erwartung, daß eine Volksvertretung neben einem Direktorium nur eine leere Form sein werde. In dieser stillen Hoffnung gegenseitiger Ueberlistung stimmten unterdessen beide gemeinschaftlich für Verwerfung des Bundesstaates.

Noch eine dritte Partei zweigte sich von der Linken ab — sie wollte die Entscheidung verschieben, abwarten, nicht pessimistisch, sondern in der Hoffnung einer Lösung der Frage auf dem Wege diplomatischer Verständigung. Vicepräsident Haberkorn war es, der einen dahinzielenden Antrag einbrachte. Von dieser Seite mußte ein solches Entgegenkommen gegen die Wünsche der Regierungen allerdings doppelt überraschen.

Einen gefährlichen Gegner ihrer Ansicht hatte die Linke sich in ihrem eigenen Schooße erzogen — den erst neulich von ihr zum Centrum übergetretenen Professor Raschig. Mit schlagendem Witz und im populären Tone bekämpfte er die Demokratie vom Boden ihrer eigenen Grundsätze aus, indem er Satz auf Satz nachwies, wie die Wohlfahrt des Volkes, das letzte Ziel jeder wahren Demokratie, auf der Freiheit, die Freiheit auf der Macht des Staates beruhe, diese Macht aber für Deutschland dormalen auf keinem andern Wege zu erreichen stehe, als auf dem des Bündnisses vom 26. Mai.

Ueberhaupt hatte das Centrum einen vorzüglichen Antheil an diesen Debatten, und schwerlich irrt man, wenn man ihm ein ausschlagendes Gewicht bei der Lösung der deutschen Frage in der zweiten Kammer, nicht bloß durch die Zahl seiner Stimmen, sondern auch durch den Einfluß seiner Redner, zuschreibt. Fast nicht eines seiner Mitglieder blieb vom Kampfsplatz fern. Zweier davon ist noch besonders zu gedenken. Kämmerl, eine kurze Zeit Nationalvertreter in Frankfurt, war dort durch den allgemeinen Zug der sächsischen Abgeordneten auf die Linke verschlagen worden, der er eigentlich seiner innersten Gesinnung und Bildung nach nicht angehörte. Auch hier galt er, gleich Raschig, für einen Erwählten der „Volkspartei“ — fand aber seinen entsprechenden Platz im Centrum. Seinen Uebertritt von der Frankfurter Verfassung zu der vom 26. Mai rechtfertigte er mit den Worten: „Er habe in dem letzten Jahre einiges gelernt und manches vergessen.“

Klinger, ein hervorragendes Mitglied der alten Opposition, der Freund Braun's und Oberländer's, genoß eines ausgezeichneten Vertrauens bei der Linken, welches er auch wohl zu schätzen und zu pflegen weiß. Seine entschlossene Parteinahme für die Dreikönigsverfassung war daher eben so anerkanntenswerth als folgerreich in ihren Wirkungen auf jene Seite der Kammer.

Nach einer andern Seite hin bedeutsam war das Auftreten der ehemaligen Minister Braun und Feld. Jener einst Vorstand des Ministeriums, Colleague Pfortens, Verfasser jenes Programms vom 16. März, worin Sachsens Mitwirkung zur Umgestaltung des deutschen Bundes und zur Herstellung einer Volksvertretung für Deutschland verheißen ward, dieser, nach Braun's Rücktritt mit Herrn v. Beust an die Spitze der Geschäfte gestellt, bald aber genöthigt, letzterem das Feld zu überlassen, weil er die Anerkennung der Reichsverfassung, Beust dagegen, auf den Rückhalt preussischer Hilfe gestützt, deren Zurückweisung anrieth. — Diese beiden Männer sah man jetzt eifrig bemüht, für die Festhaltung jener Verfassung, welche Herr v. Beust in den drangvollen Tagen des Mai als den „einzig möglichen Weg“ zur Sicherung Deutschlands empfahl, und welche er jetzt mit eigener Hand wieder zu zerstören im Begriff stand, für die Herstellung eben jenes monarchischen, constitutionellen Bundesstaats, welchen einst, als Braun's Colleague, auch Herr v. d. Pfordten für das nothwendige Ziel der deutschen und der sächsischen Grenzboten. II. 1850.

Politik erklärte, von dessen Gedanken aber, nach desselben v. d. Pfordten neuester Erklärung das deutsche Volk sich wieder entwöhnen soll. Welch ein merkwürdiger und verhängnißvoller Wechsel in den Verhältnissen und in den Personen!

Der Minister des Auswärtigen hatte während des ersten Tages den Verhandlungen schweigend zugehört und war erst am zweiten in eigener Person auf den Kampfplatz getreten. Seine Rede, die auch hier, wie in der ersten Kammer, die Debatte auf das Gebiet persönlicher Angriffe und provocirender Beschuldigungen hinüberspielte, veranlaßte eine scharfe Entgegnung von Seiten des Berichterstatters, und Kammer wie Publicum zollten diesem lauten Beifall. Am dritten Tage kam der Minister nochmals auf den Hauptpunkt seiner Rede, die Unmöglichkeit des Bundesstaates und die Nothwendigkeit einer anderweiten Einigung, mit Einschluß Oesterreichs und der süddeutschen Staaten zurück. Große Spannung ging dieser Rede voraus — man flüsterte von wichtigen „Eröffnungen“, welche der Minister machen werde. Aber es blieb bei diplomatischen Andeutungen über Verhandlungen, die mit den süddeutschen Staaten in München angeknüpft und zu einem Abschluß gebracht worden seien, über neue „Propositionen zu einer Verfassung“, die man von dort aus machen werde.

Dennoch war die Versuchung für die noch Schwankenden und einem raschen Entschluß Abgeneigten nicht gering, die hier gebotene Aussicht zu ergreifen und daraufhin jeden direkten Beschluß in der deutschen Frage zu verschieben. Der Berichterstatter erkannte die Gefahr, welche den Ausschußanträgen drohte, und eilte, die vom Minister gelegte Mine durch eine Contremine unwirksam zu machen. Er drang in den Minister, sich zu erklären, ob das, was man in München zu Stande bringen wolle, ein parlamentarischer Bundesstaat im Sinne des allgemeinen Ausschußantrages sei? Der Minister versuchte auszuweichen, aber der Berichterstatter ließ nicht nach mit Drängen; Herr v. Beust gerieth in Verlegenheit, verwickelte sich — eine Bewegung der Ungeduld und des Spottes ging durch die Kammer, und die Gefahr war vorüber. Beim Beginne der nächsten Sitzung brachte der Berichterstatter in seinem Namen einen Zusatzantrag ein, wonach die Kammer ihr Recht der Zustimmung zu jeder von den Regierungen ausgehenden Feststellung einer deutschen Verfassung feierlich wahrte, und die Minister für dessen strenge Aufrechterhaltung ausdrücklich verantwortlich machte. Die Kammer erhob sich fast einstimmig zur Unterstützung dieses Antrags. Vergebens suchte Herr v. Beust durch Einzelheiten, die er von dem Münchener Projekte mittheilte, die Kammer günstiger für dasselbe zu stimmen — wie wenig Vertrauen man dazu hatte, zeigte die bald darauf mit überwiegender Stimmenmehrheit erfolgende Verwerfung sowohl des Haberkorn'schen Verschiebungsantrags, als auch des Friesen'schen, dessen Zielpunkt augenscheinlich jenes Münchener Projekt war.

Nach viertägiger Debatte kam man endlich zum Schluß. Der Berichterstatter faßte noch einmal alle Hauptgesichtspunkte der Frage zusammen und schlug alle

Saiten an, von denen er hoffen mochte, daß sie in den Herzen der noch zweifelhaften Freunde, wie der nur halben Gegner des Bündnisses vom 26. Mai, anklingen würden. Er begann mit einer Schilderung der preussischen Zustände in ihrer Wechselwirkung mit der Sache des Bundesstaates. „Es sind in Preußen zwei Richtungen“, sagte er, „die sich bekämpfen ebensowohl in Bezug auf die deutsche als auf die innere Politik. Die eine ist die, welche Preußen zurückführen möchte auf jenes engste Maß innerer Freiheit und äußerer Ausdehnung, auf jenes Curmärkerthum, wie es richtig bezeichnet worden ist, und auf die Herrschaft des märkischen Junkerthums. Diese Partei begreift sehr wohl, daß ein vergrößertes Preußen, ein Preußen, welches zusammenschmilzt mit einer Masse anderer, mehr schon im Feuer der Freiheit gestählter Elemente, für ihre kleinen Zwecke viel zu groß ist. Wir sehen daher dieselbe Partei, die im Innern die Freiheit zurückschrauben will, die für Preußen jene alten romantischen Institutionen zurückführen will, welche in der Geschichte und der Natur des Landes und des Volkes keinen Boden haben, die Pärte, die Fideikomnisse, wir sehen jene halbe Partei bemüht, den Bundesstaat zu hintertreiben, bemüht, Preußen wieder in die Arme Oestreichs und Rußlands zu werfen. Man hat Befürchtungen ausgesprochen vor einer großpreussischen Richtung, vor einer Eroberungspolitik Preußens. Wollte Gott, es wäre eine solche großpreussische Richtung, die uns von Preußen aus bedrohte; eine großpreussische Richtung, wie sie Friedrich der Große befolgte und wie sie Preußen groß gemacht hat. Wollte Gott, Preußen würde durch einen starken Arm groß gemacht. — Deutschland würde dabei wahrhaftig nicht klein werden. Nein, eine ganz andere Richtung ist es, die wir zu befürchten haben, jene Richtung, die Preußen klein machen will, um Preußen und Deutschland anzufetten an Rußland, wie bereits Oestreich an Rußland gefettet ist. Und auf diesen Weg will man uns hinführen, indem man den Bundesstaat verhindert. Dieser Richtung gegenüber steht diejenige Richtung, die durch das gegenwärtige Ministerium vertreten ist. Dies Ministerium hat bis jetzt mit großer Mühe und schweren Kämpfen, und allerdings zum Theil mit Concessionen, die zu beklagen sind, das Feld behauptet.

„Das preussische Ministerium hält noch fest am Bundesstaat, trotz des Abfalls der beiden Staaten, der allerdings den Bund tief erschüttert hat. Wie lange es noch daran festhalten kann, das wird freilich von Tage zu Tage ungewisser. Wenn daher diese Verfassung möglich erhalten werden soll, so kann es nur dadurch geschehen, daß neue Momente hinzutreten, welche das preussische Ministerium im Festhalten daran bestärken, und darum wird unser Beschluß, wird jede Stimme, die von einer deutschen Volksvertretung ausgeht und sich für den Bundesstaat erklärt, dazu dienen, Preußen im Beharren auf dem betretenen Wege zu fördern.“

Der Redner berührte hier das Münchner Gegenproject. „Wollen Sie,“ fuhr er fort, „diese Pläne hindern, welche — das ist meine feste Ueberzeugung — zu den alten Zuständen zurückführen, so kann dies nicht durch ein bloßes Votum einer oder vieler Ständerversammlungen, die sich dagegen erklären, geschehen, sondern einzig und allein dadurch, daß man diesen Plänen etwas Positives, von reeller Macht Unterstütztes entgegensetzt. Wir müssen also Alles thun, um Preußen zu ermuntern und unsere Regierung zu bewegen, daß sie auf den frühern Weg wieder einlenke. Wenn der Bundesstaat zu Stande kommt, dann werden jene andern Pläne sich wieder in Nebelbilder auflösen, wie sie bisher Nebelbilder waren. Kommt aber der Reichstag in Erfurt nicht zu Stande, tritt nicht rasch die Bundesregierung in's Leben, dann wird sich auch Preußen jenem Plane anschließen, dann werden zwischen Wien und Berlin bald die Depeschen hin und her fliegen, dann wird auf's Neue die heilige Allianz ihre Rege um uns schlingen, und alles Widerstreben dagegen wird ein verlorenes sein.“

Auf die Verhältnisse zu Oestreich zurückkommend, insbesondere auf die von dort gebotene Handelseinigung, stellte der Redner die Alternative: „Wenn Oestreich aufrichtig gemeint ist, im Interesse der beiderseitigen Bevölkerung Erleichterung zu gewähren, so sehe ich nicht ein, warum es nicht lieber mit einem compacten Bundesstaate verhandeln sollte, als mit mehreren einzelnen Staaten oder Staatencomplexen. Ist es aber nur ein Köder, der uns hingeworfen wird, um uns von jener politischen Verbindung loszureißen, stellt man die materielle Vereinigung auf die Vorbedingung der politischen und ist diese letztere von der Art, daß sie unsern Nationalbedürfnissen widerspricht, — nun, meine Herren, so hoch stelle ich die materiellen Vortheile nicht, daß ich dafür unsere ganze politische Zukunft preisgeben möchte.“

Der Redner schilderte hierauf die materiellen Vortheile, die aus einer, nach innen die freie Entwicklung, nach außen Macht gewährenden Staatsordnung, so wie die Nachtheile, die aus einer noch länger andauernden Unsicherheit der politischen Zustände für Handel und Verkehr entspringen würden, und folgerte daraus die Nothwendigkeit des raschen Zustandbringens eines festen Verfassungszustandes, die Gefahren jedes längern Wartens. Darum schon könne er nicht für das ziellose „Festhalten“ an der frankfurter Verfassung sein. Mit Gewalt wolle man diese nicht durchsetzen, wie ein Redner von der Linken versichert hat; aber womit denn? Ohnehin seien die Anhänger dieses Festhaltens unter sich selbst in Zwiespalt: die Einen wollten die ganze Verfassung, Andere nur gewisse Theile derselben. Manche eiferten gegen die Hegemonie Preußens und die Ausschließung Oestreichs, die doch in jener Verfassung ebenfalls vorhanden seien. Die Verfassung vom 26. Mai werde man mit günstigeren Augen ansehen, wenn man in den Blättern der Reactionspartei lese: diese Verfassung gewähre der demokratischen Entwicklung zu viel Spielraum! Denn einen feinen Instinct für Alles, was ihr

gefährlich sei, habe diese Partei immer gehabt, und hier gelte das Sprichwort: Man muß am Feinde lernen!

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen richtete der Redner zum Schluß eine warme Ansprache an beide Seiten der Nationalversammlung. Zuerst wandte er sich an seine eigene Partei, die sogenannten Conservativliberalen. „Diese Partei“ sagte er, „möchte ich bitten, daß sie in dieser Sache das liberale Element nicht von dem conservativen trennen, daß sie nicht ihre conservative Tendenz so weit ausdehnen möge, um ein augenblickliches Regierungssystem um jeden Preis zu schützen und zu schonen, sondern bedenken, daß die Principien der monarchisch-constitutionellen Ordnung höher stehen, als ein einzelnes vorübergehendes System. Meine Herren, erwägen Sie wohl, wohin es kommen soll mit der monarchisch-constitutionellen Verfassung, mit der Monarchie und den Monarchen, wenn das Vertrauen des Volkes zu dem guten Willen der Regierungen immer und immer wieder getäuscht wird!“

Diese Mahnungen waren keine vergeblichen; die Anstrengungen des Berichterstatters und seiner Partei wurden durch einen überraschenden Erfolg gelohnt, überraschend namentlich nach dem so ganz andern Ausgange in der jenseitigen Kammer.

Die drei Anträge der Linken wurden mit weit über zwei Drittel Mehrheit verworfen. Mit noch weit größerer der Friesensche und der von Haberkorn. Dagegen vereinigte der allgemeine Antrag des Ausschusses alle Stimmen, bis auf neun auf sich. Von diesen neun gehörten sieben der Linken, und zwar meist der äußersten, zwei der äußersten Rechten an. Bei dem Zusatzantrage, der nach den vorausgegangenen Verhandlungen nunmehr ein directes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium enthielt, war die Mehrheit eine schwache, und wenig fehlte, daß er fiel. Nur 36 gegen 32 Stimmen erklärten sich dafür. Alle Rücksichtsvollen, fast sämtliche Staatsdiener, dazu noch Mehrere von der Linken — warum diese, ist schwer begreiflich — traten hier von der Majorität zurück. Man gelangte nun zu den eigentlich entscheidenden Abstimmungen über die speciellen Anträge des Ausschusses. Der erste dieser Anträge auf sofortige Wiederbeschickung des Verwaltungsrathes, ging durch mit 38 gegen 30 Stimmen. Damit war die eigentliche Frage: Anschluß oder Repeal? zu Gunsten des Erstern entschieden, die Richtung auf das Festhalten am Bündniß vom 26 Mai und auf die Verwirklichung desselben durch Ausführung des Verfassungsentwurfs, war von der Mehrheit gutgeheißen.

Bei dem zweiten Antrag — auf sofortige Vornahme der Wahlen zum Erfurter Reichstag — feierte wieder die Halbheit und Unentschlossenheit ihren Sieg. Man wollte die Regierung nicht allzusehr drängen, auch selbst nicht allzu rasch vorgehen, nicht Alles auf einmal thun, sondern fein bedächtig nur erst einen Schritt und dann später einmal wieder einen. Manche beredeten sich auch, daß sie nur deshalb gegen die sofortigen Wahlen seien, weil diese doch zu spät kämen. Als

ob nicht der moralische Eindruck eines solchen Beschlusses die Hauptsache gewesen wäre! Genug, sechs von der Rechten trennten sich hier abermals von der Partei, und so fiel der Antrag, nach zweimaliger zweifelhafter Abstimmung, mit 35 gegen 33 Stimmen. Die weiteren Anträge, obgleich sie auf der Voraussetzung einer Beschickung des Reichstags und des Zustandekommens der Verfassung vom 26. Mai beruhten und nur unter dieser Voraussetzung einen Sinn hatten, wurden nichtsdestoweniger angenommen, und zwar mit immer steigenden Majoritäten. Die Rechtsverwahrung endlich, welche Biedermann beantragt hatte, erhielt die einstimmige Genehmigung der Kammer, ebenso der Finkhänel'sche Antrag wegen Aufrechterhaltung der durch die Grundrechte und die Landesverfassung dem sächsischen Volke gewährten Freiheiten.

Die zweite sächsische Kammer hat ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland erfüllt; sie hat, so viel an ihr war, das unerfreuliche Resultat der ersten Kammer gutgemacht und dieser Gelegenheit gegeben, nochmals auf die Frage zurückzukommen und auch ihrerseits andere Beschlüsse zu fassen. Die Stimmung im Lande für den Anschluß ist unterdessen fortwährend gewachsen; sie hat neue Nahrung erhalten durch die Reden in beiden Kammern. Mit Spannung sah man der Eröffnung des Reichstags zu Erfurt entgegen; schon in der vollendeten Thatsache seines Zusammentritts fand man eine neue Gewähr für das Zustandekommen des Werkes, gegen ein Wiederablenken von dem betretenen Pfade. Aber noch einmal sollten die Anstrengungen der Freunde des Bundesstaats lahm gelegt werden. Der 1. April ward zu einem zweiten 6. Januar, ja zu noch Schlimmerem. Preußen schien sich selbst aufzugeben, schien seiner Mission als Großmacht und als Schwert Deutschlands entsagen zu wollen. Jenes Wort des Berichterstatters ging in Erfüllung: „man will Preußen klein machen, um Preußen und Deutschland an Rußland zu fetten.“ Mit dem Schmerze der Verzweiflung sahen die muthigsten Vorkämpfer des Anschlusses ihre Hoffnungen auf das Gelingen des Werkes, in welchem für sie die letzte Bürgschaft einer friedlichen Neugestaltung Deutschlands liegt, abermals hinabsinken in die bodenlosen Tiefen diplomatischer Ränke, dynastischer Sonderinteressen, politischen Kleinmuthes und Unbestandes. Man klagte in Erfurt, daß die Gestaltungskraft des Bundesstaates gelähmt sei durch den Abfall der beiden Königreiche, aber, statt durch eine kühne und volksthümliche Politik die Anziehungskraft des Bundesstaates frisch zu erhalten und wo möglich zu steigern, um die Abgefallenen wieder herbeizuziehen, schien man bemüht, dem Bundesstaate auch noch die letzten Sehnen durchzuschneiden und seine Freunde gewaltsam von sich zu stoßen, um seinen Feinden einen erwünschten Triumph zu bereiten. Noch einmal indeß hat sich der gute Geist Deutschlands und Preußens ermannt; an dem männlichen Widerstande der aufrichtig deutschgesinnten Mehrheit zu Erfurt hat der wankend gewordene Muth des preussischen Cabinets sich wieder aufgerichtet; der Abfall der Bundesglieder, der nach einmal gegebenem Zeichen der Treulosigkeit von der einen,

und des Verzweifels an dem eigenen Werke von der anderen Seite wie ein freisendes Gift das Bündniß zu zerstören drohte, scheint mit dem wiedergekehrten Vertrauen auf die Standhaftigkeit Preußens in seinem Fortschreiten gehemmt, und die Verzagenden fangen noch einmal an zu hoffen.

Während ich dies schreibe, verhandelt man in Erfurt über die Feststellung der Verfassung, über die Lebendigmachung des Bundesstaats. Niemand kann zweifeln, daß der Ausgang jener Verhandlungen von ungleich größerem und entscheidenderem Belange für Sachsens Stellung zum Bundesstaate sein wird, als die Berathung und Beschlußfassung unsrer Kammern, selbst die so günstige der zweiten Kammer. Hält man dort fest, geht man muthig auf das Ziel los, nicht rechts noch links sehend und nicht rückwärts schreitend, so ist Sachsen dem Bundesstaate gewonnen, was man auch hier dagegen thue und sage; die Nothwendigkeit der Verhältnisse wird stärker sein, als der Eigenwille der Menschen. Es braucht keinen Bundeschiedsgerichtspruch und keine Executionsarmee, um Sachsen zu seiner Pflicht gegen den Bundesstaat zurückzuführen; es braucht nichts, als daß der Bundesstaat sich selbst nicht aufgebe, dann wird ihm auch Sachsen nicht entgehen.

Leipzig, den 15. April 1850.

### **Eine Ministerrede zu Erfurt.**

Das Parlament hat in seinen Plenarsitzungen die Berathung der Verfassungsfrage begonnen, und bereits haben wir die Stimmen der parlamentarischen Helden aus den Frankfurter Centren und den preußischen Kammern wieder auf der Tribüne gehört, von Bismark-Schönhausen an bis Heinrich Gagern. Da unsere Partei in beiden Häusern die Majorität hat, so würden wir die Verhandlungen und Beschlüsse des Parlaments mit froher Siegeshoffnung verfolgen können, wenn die Ansichten der preußischen Regierung über den Bundesstaat nicht noch in einem fortwährenden Schwanken begriffen wären, welches fast so schlimm ist, wie die traurigste Gewißheit. Die preußischen Minister, welche in Erfurt zu sprechen veranlaßt waren, haben eine sehr bedenkliche Unsicherheit und einen so totalen Mangel an festem Willen und Plan, wohl wider Willen verrathen, daß die Niederlagen, welche sie auch in der Meinung des preußischen Volkes dadurch erlitten haben, gar nicht mehr zu verhüllen sind. Unter ihnen genoß Herr von Mantouffel die meiste Popularität, wir wollen ihm von Herzen wünschen, daß er sie sich auch nach seinem Auftreten in Erfurt erhalten möge, trotz seiner Circularschreiben an die Chefs der Verwaltungsbehörden. Was uns darin unsicher macht, ist an sich eine Kleinigkeit. Er hat den Vogel Phönix in seiner letzten Rede vergessen, den er sonst nie vergißt und deshalb fehlte seiner Rede das Auspicium, sie war ohne Hilfe der Götter gehalten, und hatte gottlose Wirkungen, zunächst die, daß sie lachen machte.